

Kulturausschuss für Stolpersteine

Die Aktion des Kölner Künstlers Gunter Demnig erreicht Bad Homburg: Auch dort werden künftig kleine Tafeln an Nazi-Opfer erinnern.

bie. BAD HOMBURG. Auch in Bad Homburg sollen Stolpersteine des Künstlers Gunter Demnig an Opfer des Nationalsozialismus erinnern. Der Kulturausschuss hat am Donnerstag den Magistrat einstimmig beauftragt, die Stadt an der Aktion zu beteiligen und die Nutzung des öf-

fentlichen Straßenraums für die Verlegung der Gedenksteine zu gestatten. Die zehn mal zehn Zentimeter großen Pflastersteine werden vor dem letzten freiwillig gewählten Wohnort von Menschen verlegt, die von den Nazis vertrieben oder ermordet worden sind. Auf einer Messingplatte sind Name, Geburtsjahr sowie der Zeitpunkt von Deportation und der Ermordung verzeichnet. Demnig, der im Frühjahr mit dem Eugen-Kogon-Preis Königsteins ausgezeichnet worden ist, hat inzwischen mehr als 50 000 Stolpersteine in einem Dutzend Länder verlegt.

Nachdem sich die Stadtverordneten Ende April noch nicht hatten einigen können, lud der Kulturausschuss Vertreter der Bad Homburger Stolpersteininitiative, der Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit (GCJZ) und der Jüdischen Gemeinde zum „Gedankenaustausch“ ein. Der Sprecher der Initiative, Wolfram Juretzek, führte kurz in das Kunstprojekt ein und sagte, in Bad Homburg habe ein Vortrag an der Volkshoch-

schule das Interesse ausgelöst. Ein großer Teil der Arbeit bestehe darin, die Lebensläufe der Opfer zu recherchieren und zu dokumentieren. Die Kosten trügen Sponsoren und Paten, die Stadt müsse nur die Genehmigung erteilen. Man werde keine Steine gegen den Willen von Angehörigen oder der heutigen Hausbesitzer verlegen, sagte er auf eine entsprechende Frage von Heinz-Peter Curdts (SPD).

Die GCJZ Hochtaunus hat nach Worten ihrer Vorsitzenden Margret Nebo vor längerer Zeit einen Vorstandsbeschluss gefasst, wonach die Gesellschaft nicht von sich aus die Initiative für die Verle-

gung von Stolpersteinen ergreifen wird. „Wir stellen uns aber auch nicht dagegen.“ Als Grund für die neutrale Haltung nannte Nebo die unterschiedlichen Sichtweisen, die sich auch durch die anderen Redebeiträge zogen. Gegner wie die ehemalige Präsidentin des Zentralrats der Juden in Deutschland, Charlotte Knobloch, sehen durch die Steine im Boden das Ansehen der Opfer im Wortsinn mit Füßen getreten. Die Gegenposition lautet, dass man zum Lesen der Messingplatten nach unten blicken muss und sich damit gewissermaßen vor den Namen verbeugt. Knoblochs heutiger Nachfolger Josef Schuster befürwortet die Idee hinter den Stolpersteinen.

Auch die Jüdische Gemeinde Frankfurt, zu der die Bad Homburger Juden gehören, stünden Stolpersteinen positiv gegenüber, sagte Imrich Donath. Er ist Mitgründer des Jüdischen Zentrums Bad Homburg. „Wir können die Verlegung nicht fordern, aber wir unterstützen sie.“ Donath wies noch auf eine andere Funktion der Steine

hin. „Auf vielen Fotos jüdischer Familien stehen neben dem Opa oder Onkel Namen wie Auschwitz oder Treblinka. Für sie gibt es kein Grab.“ Die Stolpersteine könnten diese Funktion übernehmen und mit dem eingravierten Namen für den Grabstein stehen. Sein eigener Vater habe für die ermordeten Familienmitglieder Bäume in Israel pflanzen lassen.

Wie Nebo und GCJZ-Vorstandsmitglied Astrid Bender, Pfarrerin der evangelischen Erlöserkirche, verwies auch Kulturdezernentin Beate Fleige (Bürgerliste Bad Homburg) auf die vielfältigen Erinnerungsorte in Bad Homburg wie die ebenfalls mit Namen versehene Gedenktafel am ehemaligen Standort der Synagoge an der Elisabethenstraße. „Wir überlegen, den Spielplatz hinter der Tafel zum Synagogenplatz zu machen“, sagte Fleige. Ein Bild könne dort an das 1938 zerstörte Bauwerk erinnern. An der Tafel im Bahnhof, die mit stilisierten Zügen an die Deportationen mahnt, plane die Stadt im Wechsel mit dem Hochtaunuskreis Gedenkveranstaltungen. Matthias Setzer, Leiter des Fachbereichs Kultur und Bildung, sprach von „Erinnerungskultur statt Gedenkstätten“, die man in Bad Homburg pflege. Die Stadt wolle im Kontakt mit den Nachkommen das Gedenken lebendig halten. Wofür ein Kunstwerk wie die Stolpersteine stünden, gehe hingegen schnell verloren.

Die Ausschussvorsitzende Sibylle Raquet (FDP) wandte sich dagegen, die Stolpersteine als Konkurrenz zu anderen Gedenkstätten zu begreifen. Der parteilose Stadtverordnete Peter Braun fand keinen Zuspruch für seinen Vorschlag von Gedenkstelnen an Straßen mit einst jüdischen Bewohnern. Sie könnten mit Namen versehen sein und ermöglichen die Begegnung „auf Augenhöhe“, sagte Braun. CDU, SPD, Grüne und FDP, die ursprünglich mit einem interfraktionellen Antrag die Stolpersteine in die Gremien gebracht hatten, standen weiterhin dazu. Bert Worbs (CDU) bekannte, früher selbst skeptisch gewesen zu sein. Seit er selbst welche gesehen und über die Menschen hinter den Namen nachgedacht habe, habe er seine Meinung geändert.